



## FINANZPOLITIK

## Pensionen lassen Schuldenberg des Landes wachsen

Montag, 20. September 2010 02:34 - Von Thomas Fülling

**Angesichts stark steigender Pensionslasten haben Vertreter der Oppositionsparteien die rot-rote Regierungskoalition zum Handeln aufgefordert. "Auf Berlin rollt eine finanzpolitische Lawine zu", sagt der Finanzexperte der CDU, Florian Graf, dieser Zeitung. Er fordert vom Senat ein mittel- und langfristiges Konzept zum Umgang mit den Pensionslasten.**

Google-Anzeigen

### 4,45% Tagesgeld-Zinsen

Tagesgeld-Konten mit Top-Zinsen im aktuellsten Online-Vergleich!

[Tagesgeld.Vergleich.de](http://Tagesgeld.Vergleich.de)

Und der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Jochen Esser, hält es für dringend geboten, dass Berlin eine Initiative ergreift, um gemeinsam mit anderen Bundesländern Lösungen für das Problem immer höherer Aufwendungen für die Bezahlung der Altersbezüge von Beamten in den Griff zu bekommen. "Wir reden hier von einer Schattenverschuldung von 35 Milliarden Euro, die auf den Berliner Schuldenberg von 60 Milliarden Euro eigentlich noch draufgerechnet werden muss - Tendenz steigend", sagt Esser. Auslöser für die Forderungen sind neue Zahlen der Senatsinnenverwaltung, die die Entwicklung der sogenannten Versorgungsausgaben berechnen ließ. Danach muss der Senat jedes Jahr mehr Geld für die Altersbezüge von pensionierten Beamten bereitstellen. Sind es aktuell knapp 1,2 Milliarden Euro, die die Landesregierung jährlich für die Bezahlung von 47 505 Beamten-Pensionären aufbringen muss, so werden sich diese Ausgaben bis 2024 im günstigsten Fall auf knapp 1,6 Milliarden Euro, viel wahrscheinlicher aber auf zwei Milliarden Euro im Jahr für die dann kalkulierten 61 665 pensionierten Beamten erhöhen (siehe Grafik). Nimmt man den aktuellen Landeshaushalt mit Ausgaben von 22 Milliarden Euro im Jahr als Bezug, so müsste der Senat in 15 Jahren bereits jeden zehnten Euro für Pensionszahlungen reservieren. Geld, das für andere Aufgaben dann fehlt.

Die 35 Milliarden Euro, die der Grünen-Politiker Esser als Schattenverschuldung bezeichnet, ist dabei die Geldsumme, die der Senat jetzt eigentlich zurücklegen müsste, um die Pensionen ohne die Aufnahme neuer Schulden bezahlen zu können. Doch genau diese Rückstellungen will und kann der Senat nicht machen. Schafft es doch die rot-rote Landesregierung, wie schon ihre Vorgänger, nicht, mit dem vorhandenen Geld auszukommen. So

liegen die im Doppelhaushalt 2010/2011 geplanten Ausgaben um insgesamt 5,5 Milliarden Euro über den Einnahmen. Bezahlt wird die Differenz über die Aufnahme neuer Kredite. Als Folge daraus wächst der Schuldenberg in Höhe von derzeit 60,5 Milliarden Euro weiter.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen, so schätzen auch die Grünen, wird es auch einem Senat, an dem sie beteiligt sind, schwer fallen, den als notwendig angesehenen Umstieg in die Finanzierung der Pensionen hinzubekommen. "Das wird in den nächsten zehn Jahren wohl nicht zu schaffen sein", sagt Finanzexperte Esser. Eine wirkliche Lösung habe er auch nicht parat, doch die Richtung sei klar. "Wir müssen auch bei den Beamten-Pensionen einen demografischen Faktor hineinbekommen." Nur so könne, wie schon bei der Berechnung der Altersrenten für Arbeiter und Angestellte, auch bei den Beamten auf eine stetig steigende Lebenserwartung und die längere Zahlung von Altersbezügen reagiert werden. Eine solche Lösung könne angesichts der vielfältigen rechtlichen Probleme nur gemeinsam von den Bundesländern, dem Bund und den Kommunen gefunden werden.

Die Realität sieht jedoch anders aus: Mit einer unterschiedlichen Verbeamtungspraxis jagen sich die Bundesländer derzeit gegenseitig den knapp gewordenen Nachwuchs an Pädagogen ab. Leidtragender ist gegenwärtig vor allem Berlin, das nach einem Senatsbeschluss von 2003 neue Lehrer nur noch als Angestellte beschäftigt. Gerade besonders gefragte Fachlehrer etwa für Fremdsprachen oder Naturwissenschaften wandern - trotz des inzwischen von Berlin angehobenen Einstiegsgehalts - in Bundesländer ab, die ihnen die Sicherheit und das höhere Nettogehalt eines Beamten bieten. Angesichts dieses Trends hat die Berliner CDU vor Kurzem eine Abkehr vom Verbeamtungsstopp für Lehrer gefordert. "Unser Vorschlag beinhaltet auch Rückstellungen für Pensionszahlungen und ist für das Land kostenneutral", betont CDU-Finanzexperte Graf.

"Wir reden bei den Pensionslasten von einer Schattenverschuldung von 35 Milliarden Euro - Tendenz steigend"

Gefällt mir

Zeige deinen Freunden, dass dir das gefällt.

#### THEMEN-ALARM



Mit dem Themen-Alarm sind Sie immer aktuell informiert.

Sie interessieren sich für dieses oder ein anderes Thema und wollen keinen Artikel bei der Morgenpost dazu verpassen?

Themen-Alarm Funktionen

Themen-Alarm aktivieren

#### DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN

##### ERMITTLUNGSVERFAHREN

##### Betrunkener Jugendlicher aus Taxi gestoßen

In Reinickendorf ist ein betrunkenen 15-Jähriger aus einem stehenden Fahrzeug gestoßen worden. [mehr »](#)



##### ANZEIGE

##### eDarling: Und wer passt zu Ihnen?

Prämiert als Test-Sieger von Computerbild. Finden Sie mit dem eDarling Persönlichkeitstest, wer... [mehr »](#)



##### FÜNF-PUNKTE-PROGRAMM

##### CDU will Arbeitslose zu Hausmeistern machen

Die Berliner Union hat ein Fünf-Punkte-Programm erarbeitet, mit dem sie der Arbeitslosigkeit begegnen will. Darin... [mehr »](#)

##### BERLIN ERLEBEN

##### Dörfliches Idyll in Kreuzberg

[mehr »](#)